

# Vorerst keine Lösung für Atommüll

Gespräche über Deponierung von radioaktivem Abfall liegen auf Eis / Bürgerinitiative in Schönwohld weiterhin besorgt

**ACHTERWEHR** „Wir sind nicht weniger besorgt, aber der erhebliche Zeitdruck ist jetzt erstmal raus“, fasst Sprecherin Medi Kuhlemann die Stimmung bei der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Schönwohld“ zusammen. Nach einer Bilanzveranstaltung des Umweltministeriums im Landeshaus liegen die Gespräche mit Minister Dr. Robert Habeck derzeit auf Eis. Diese drehten sich um Pläne des Landes, in der Zukunft schwach radioaktives Abbruchmaterial aus den zwei stillgelegten Kernkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel unter anderem auf der Schönwohlder Deponie einzulagern (wir berichteten).

„Herr Habeck hat sich erstmal in die Sommerpause verabschiedet. Die Frage, wie es jetzt weitergeht, wurde aber nicht beantwortet“, so Kuhlemann. „Letztlich sitzt das Ministerium am längeren Hebel. Und wir wissen nicht,

wann was passiert.“ Deshalb herrsche in den Reihen der Bürgerinitiative auch keine Feierlaune. „Über uns schwebt ja nach wie vor ein großes Fragezeichen. Durch die Sommerpause haben wir nun lediglich ein bisschen Zeit gewonnen, um uns zu sortieren und Luft zu schnappen.“ In einer Stellungnahme hatte Jörg Stöckicht, ebenfalls Sprecher der Bürgerinitiative, dem Umweltminister vorgeworfen, die Entsorgung der gering radioaktiven Abfälle im Schnellverfahren noch vor der parlamentarischen Sommerpause durchdrücken zu wollen. „Dieses Verfahren hat uns sehr enttäuscht. Das ist nicht unsere Vorstellung von bürgernaher Politik“, moniert Medi Kuhlemann den „erheblichen Zeitdruck“, der gemacht worden sei. „Wenn

*Katrin Schaupp*

„Es geht hier nicht um Industriemüll, sondern um radioaktiven Abfall. Das kann man nicht verharmlosen.“

**Medi Kuhlemann**  
Sprecherin der Bürgerinitiative

wir mitbestimmen sollen, dann muss man uns auch eine faire Chance dazu geben.“

Die Schönwohlder Bürgerinitiative traue dem Frieden in jedem Falle nicht. „Das Problem ist nur vertagt, die Positionen bleiben ja nach wie vor bestehen“, erklärt Kuhlemann. Sie kritisiert ebenfalls, dass sich auch die Bürgerinitiativen aus den anderen Orten, in denen Teile des Bauschutts entsorgt werden sollen, gesprächsbereit gezeigt hätten, der Minister sich aber „nicht einen

Zentimeter bewegt“ habe: „Er weicht nicht von seinen Ideen ab.“ Der komplette Rückbau bis zur grünen Wiese sowie die Deponierung des dadurch entstehenden Mülls seien für den Minister gesetzt und stünden nicht zur Debatte. In den kommenden 20 Jahren ginge es dann darum, etwa 35 000 Tonnen Schutt zu deponieren. „Aber hier geht es nicht um Industriemüll, sondern um radioaktiven Abfall. Das kann man nicht verharmlosen“, sagt Medi Kuhlemann, die im Namen der Bürgerinitiative eine fachgerechte Entsorgung fordert. Dass Umweltminister Robert Habeck die von dem Müll ausgehende Strahlung als zu vernachlässigend ansieht, stößt bei den Schönwohldern auf Widerstand. Sie argumentieren in ihrer Stellungnahme

unter anderem damit, dass auch „der hoch- und mittelstark strahlende radioaktive Müll noch für vermutlich 60 bis 100 Jahre auf dem jeweiligen Gelände eines jeden Atomkraftwerks zwischengelagert wird, weil es vorher kein bundesweites Endlager geben wird, und daher keine eilige Entscheidung nötig ist“. Vielmehr sei es sinnvoller, eine Deponie für alle AKW-Abfälle zu schaffen und nicht die Reste im ganzen

Land zu verteilen, so Kuhlemann. Die Akteure der Bürgerinitiative werden in der nächsten Woche zu einem internen Bilanztreffen zusammenkommen, um über weitere Strategien zu sprechen. „Und wir tun uns auch mit den Bürgerinitiativen aus den anderen Orten zusammen. Es geht uns nämlich nicht nur darum, dass wir den Atommüll nicht in Schönwohld haben wollen. Wir wollen das für Schleswig-Holstein nicht.“

Habeck indes wartet nun auf ein Signal der kommunalen Spitzenverbände. So wird unter anderem der schleswig-holsteinische Gemeindegtag mit den sieben möglichen Deponieorten im Land sprechen. „Wir wollen erstmal hören, wie die Gemeinden die aktuelle Lage beurteilen“, so Jörg Bülow, Landesgeschäftsführer des schleswig-holsteinischen Gemeindegtags. Seiner Meinung nach handelt es sich um ein Thema, mit dem man ernsthaft umgehen muss, und bei dem man keinen Zeitdruck entfalten darf. „Als Vertreter der Gemeinden wollen wir uns ihre Argumente und Ziele in jedem Fall anhören und diese auch verfolgen“, so Bülow. In jedem Fall sei der Dialog weiterhin erforderlich.